12.10.23

STUTTGART

STADT & REGION

Krieg in Israel

Antisemitismus auch an Schulen ein Problem

Wie damit umgehen, wenn Schüler den Angriff der Hamas auf Israel gutheißen? Manche Schulen in Stuttgart und im Land befassen sich aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorfälle teils schon länger damit.

Von Mathias Bury

Am Ferdinand-Porsche-Gymnasium in Zuffenhausen sind Antisemitismus und Rassismus eigentlich kein Problem. Obwohl die Schülerschaft international ist und 38 Prozent der 800 Pennäler einen Migrationshintergrund haben. Nicht wenige stammen aus muslimischen Ländern, auch aus dem arabischen Raum. Bei Gesprächen über den blutigen Überfall der Hamas auf Israel aber habe sich gezeigt: Manche Schüler „sind nicht ablehnend gegenüber der Aktion", sagt Schulleiter Ulrich Göser.

Er selbst hat am Donnerstag in einer Klasse Unterricht in Gemeinschaftskunde. Darauf will der Schulleiter sich gut vorbereiten. Das Thema „angemessen aufzuarbeiten ist eine Herausforderung", gibt der Pädagoge zu. Damit meint Ulrich Göser nicht die Bewertung des „abscheulichen und menschenverachtenden Überfalls" auf Israel. Aber nach dem sogenannten Beutelsbacher Konsens in der politischen Bildung in den 1970er Jahren sollen solche Themen nach dem „Überwältigungsverbot" ohne Indoktrination inklusive der bestehenden kontroversen Positionen und vor dem Erfahrungshorizont der Schüler vermittelt werden.

Dass der kriegerische Angriff in den Schulen diskutiert wird, hat die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU) für ihr Bundesland vorgegeben. Gerade Lehrkräfte in Schulen mit hohem Migrantenanteil sollten „offensiv klarmachen, dass in deutschen Schulen kein Platz ist für Israelhass". Das baden-württembergische Kultusministerium geht nicht so weit. Eine ausdrückliche Aufforderung für Debatten spezieller politischer Ereignisse an Schulen mache man nicht, sagt Ministeriumssprecher Jochen Schönmann. „Gleichwohl sind die Lehrkräfte nicht nur frei, sondern auch aufgefordert, die von den Schülerinnen und Schülern in den Jahrgangsstufen zu erlangenden Kompetenzen auch anhand des aktuellen Weltgeschehens zu behandeln."

Foto: Eileen Breuer

„Das kann man nicht so laufen lassen."

Gerhard Menrad, Schulleiter

Im Übrigen sind die Schulen verpflichtet, antisemitische oder andere religiös oder ethnisch begründete Diskriminierungen zu melden. Eingeführt wurde die Meldepflicht 2018, seither hat es laut dem Ministerium 123 solcher Meldungen gegeben. Im Schuljahr 2022/23 waren es 13 Vorfälle, im neuen Schuljahr bisher zwei. Und das Regierungspräsidium Stuttgart begleitet im Rahmen des SCORA-Programms (Schools opposing racism and antisemitism) 20 Schulen im Regierungsbezirk bei der Gestaltung von Partnerschaften mit israelischen Schulen. Zu diesen SCORA-Schulen gehört die Stuttgarter Max-Eyth-Schule. Schulleiterin Anne Gsell sagt, man begegne „dem zunehmenden Antisemitismus mit großer Sorge". Die Max-Eyth-Schule ist eine berufliche Schule mit rund 1300 Schülern. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund variiert nach Schulart zwischen zehn und 60 Prozent. Es habe in der Vergangenheit „vereinzelte Vorfälle" antisemitischer oder rassistischer Art gegeben, sagt Konrektor Hermann Erzberger. Und: Mit allen konnte man aber bisher „innerschulisch umgehen".

Antisemitische Stereotype werden an Schulen immer wieder geäußert. Foto: dpa/Philipp von Ditfurth

Als „große heterogene Schule mit verschiedenen Religionen und Herkünften" sei es wichtig, betont Schulleiterin Anne Gsell, über solche Themen mit den Schülern „ins Gespräch zu kommen". Für ein friedliches Miteinander brauche es „Toleranz und Akzeptanz". Um dies zu fördern und Vorurteile abzubauen, organisiere man verschiedene Aktivitäten und Projekte. Und die Schule unterhält eine Partnerschaft mit der israelischen Misgav Highschool in Galiläa.

Auch Gerhard Menrad ist der Meinung: „Antisemitismus-Prävention ist ein wichtiges Thema." Menrad ist Leiter der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule und geschäftsführender Schulleiter für die Stuttgarter Realschulen. Die Anne-Frank-Schule sieht sich schon wegen ihrer Namensgeberin – die erst 16-Jährige wurde von den Nazis im KZ Bergen-Belsen ermordet – in der Pflicht, etwas gegen Antisemitismus zu tun. Aber es sind auch die „antisemitischen Stereotype", die ihm bei Schülern mitunter begegnen. Die Anne-Frank-Schule hat rund 400 Schüler, etwa ein Drittel habe einen Migrationshintergrund, mit einem „hohen Anteil von muslimischen Jugendlichen gerade auch aus dem arabischen Raum", sagt der Schulleiter.

Die Schule in Möhringen hat seit Langem ein Programm zu dem Thema. Für Gerhard Menrad ist klar: „Das kann man nicht einfach laufen lassen." So organisiert die Schule jedes Jahr eine Begegnung mit Zeitzeugen, die Opfer der NS-Diktatur waren. Die persönlichen Begegnungen, der direkte Kontakt mit Menschen, die Schreckliches erlebt haben, seien für die Schüler „sehr eindrücklich", erzählt Gerhard Menrad. Man schaue auch, dass man Veranstaltungen für Eltern anbiete. Überdies sei die Demokratiebildung in den Willkommensklassen „sehr wichtig", betont der Schulleiter.

Als Beispiel für teils verquere Ansichten junger Leute nennt Menrad eine Veranstaltung noch zu seiner Zeit als Rektor der Realschule Ostheim mit Ahmad Mansour, einem deutsch-israelischen Psychologen und Autor arabisch-palästinensischer Herkunft. Da seien etwa zu den Anschlägen am 11. September in den USA durch islamistische Terroristen die „Verschwörungstheorien" mancher Schüler zutage getreten, die der Überzeugung waren, die Attacken seien „von den Juden und den USA" bewusst zum Schaden der arabischen Nationen inszeniert worden.

In der Altenburg-Gemeinschaftsschule in Bad Cannstatt ist Antisemitismus laut Schulleiterin Anke Leitzinger „kein Thema". Wenn es Konflikte gebe, dann „unter Ethnien, etwa zwischen Serben und Kosovo-Albanern". Dass diese durch das Elternhaus vermittelt würden, zeige sich mitunter sogar bei Streitigkeiten zwischen den Eltern beim Abholen der Kinder. Auch Ulrich Göser sieht das so: „Die Kinder bringen diese Konflikte in die Schule mit", sagt der Leiter des Ferdinand-Porsche-Gymnasiums.

BEUTELSBACHER KONSENS

Politikdidaktik Der Beutelsbacher Konsens ist im Herbst 1976 als Ergebnis einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung mit Politikdidaktikern unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Herkunft formuliert worden. Die Tagung fand in Weinstadt-Beutelsbach statt. Der Konsens legte damals die Grundsätze für die politische Bildung fest.

Grundsätze Der Beutelsbacher Konsens hat drei Grundsätze. Das Überwältigungsverbot, auch Indoktrinationsverbot: Lehrkräfte dürfen Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, diese sollen sich eine eigene Meinung bilden können. Kontroversität: Der Lehrende muss ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren können, wenn es in der Wissenschaft oder Politik kontrovers erscheint. Schülerorientierung: Die Schüler sollen die politische Lage und die eigene Position analysieren lernen und im Sinne der eigenen Interessen beeinflussen können. *ury*